Türkei im Kampf

INFORMATIONEN, BERICHTE UND KOMMENTARE ÜBER DEN KAMPF DES VOLKES DER TÜRKEI GEGEN FASCHISMUS UND IMPERIALISMUS

NR.2/80
DM 1.-

HUNGERSTREIK

AM 13. 10. TRETEN DIE 20 VERHAFTETEN ANTIFASCHISTEN AUS AUGSBURG IN DEN HUNGERSTREIK. MIT IHNEN BEGINNEN IN AUGSBURG IHRE ANGEHÖRIGEN, IN STUTTGART, AACHEN, DARMSTADT UND IN WESTBERLIN MITGLIEDER UND FREUNDE DER ATIF UND ANDERE ANTIFASCHISTEN EBENFALLS EINEN HUNGERSTREIK. AB DEM 27. 10. TRETEN FREUNDE DES VEREINS DER ARBEITER UND JUGENDLICHEN AUS DER TÜRKEI IN ÖSTERREICH IN INNSBRUCK UND IN WIEN EBENFALLS IN DEN HUNGERSTREIK. ÜBER DIE ZIELE DIESES HUNGERSTREIKS INFORMIERT FOLGENDE PRESSEERKLÄRUNG DER ATIF. INFORMIERT EUCH, WO IN DEN JEWEILIGEN STÄDTEN DER HUNGERSTREIK STATTFINDET, UNTERSTÜTZT IHN UND BETEILIGT EUCH AN DEN AKTIONEN, KUNDGEBUNGEN UND DEMONSTRATIONEN.

PRESSEERKLÄRUNG

Mit unserem Hungerstreik wollen wir die Öffentlichkeit auf den faschistischen Militärputsch in der Türkei und die offensichtliche Unterstützung der türkischen Faschisten durch die Bundesregierung aufmerksam machen.

Wir wollen mit unserem Hungerstreik unseren folgenden Forderungen Nachdruck verleihen:

- SOFORTIGER STOP DER "TÜRKEI-HILFE"!

Denn die sogenannte Türkei-Hilfe ist nichts anderes als die Hilfe an türkische Faschisten, die mit westdeutschen Panzern und Waffen das Volk der Türkei unterdrücken und ausbeuten.

- SCHLUß MIT DER VERFOLGUNG DER ANTIFASCHISTEN AUS DER TÜRKEI DURCH DIE WESTDEUTSCHEN BEHÖRDEN !

Ein Teil der "Türkei-Hilfe" ist die konkrete Verfolgung der Antifaschisten aus der Türkei in der BRD und in Westberlin. Die westdeutschen Behörden versuchen die antifaschistischen Organisationen aus der Türkei mundtot zu machen. Denn sie haben Interesse daran, daß das faschistische Regime in der Türkei, das auch die Interessen der westdeutschen Monopole schützt, aufrechterhalten bleibt.

Das Regierungsprogramm der Junta

10 Tage nach dem faschistischen Militärputsch hat die putschende Generalsjunta (Nationaler Sicherheitsrat genannt) eine neue Regierung ernannt. Diese 'neue' Regierung ist eben dieser Junta gegenüber verantwortlich. Die Regierung hat ihr Programm der Junta am 28.9.80 vorgelegt. Die fünfköpfige Junta, die heute in der Türkei das Parlament ersetzt, hat das Programm der ihr gegenüber verantwortlichen Regierung bewilligt. Diese Vertrauensvotum-Farce wurde in der Türkei von Presse, Rundfunk und Fernsehanstalten mit Freudengeschrei verbreitet. Mit der Einsetzung der 'neuen' Regierung habe man einen - wenn auch kleinen - Schritt in Richtung 'Demokratie' getan, kommentieren die sehr gescheiten Herren und Damen in der Presse der 'freiheitlich-westlichen Welt'. Ein Blick auf den Aufbau und in das Programm der Junta-Regierung zeigt aber klar das Wesen dieser Regierung.



DIE ZUSAMMENSETZUNG DER REGIERUNG VON JUNTAS GNADEN ZEIGT, DAß SIE DIE REGIERUNG DES IMPERIALISMUS UND IHRER LAKAIEN IST.

Orgeneral Evren, Chef der putschenden Generale in der Türkei, erklärte in der ersten Pressekonferenz nach dem Putsch, daß die Junta nicht vorhabe, lange die Regierungsgeschäfte durchzuführen, und daß man bald eine 'neue, zivile' Regierung ernennen würde. Durch diese Zivilregierung unter Aufsicht der Junta wollten die Herrschenden in der Türkei der offen faschistischen Militärdiktatur einen halbwegs demokratischen Anstrich geben, um wenigstens den Schein zu wahren. Gesagt, getan. Die Generaljunta ernannte die 'neue' Regierung.

Zum Ministerpräsidenten wurde ein Oradmiral a.D. Bülent Ulusu ernannt. Dieser 'zivile Ministerpräsident' war (Fortsetzung S.2)

INHALT :

DAS IST „TÜRKEI-HILFE":

WESTDEUTSCHE IMPERIALISTEN UNTERSTÜTZEN DEN FASCHISMUS IN DER TÜRKEI und VERFOLGEN ANTIFASCHISTEN AUS DER TÜRKEI IN WESTDEUTSCHLAND



KAMPF GEGEN JEGLICHE "TÜRKEI-HILFE".

SOLIDARITÄT MIT DEN VERFOLGTEN ANTIFASCHISTEN AUS DER TÜRKEI IN WESTDEUTSCHLAND.

- BESTRAFUNG DER FASCHISTISCHEN MÖRDER AUS DER TÜRKEI IN DER BRD UND WESTBERLIN ! KEINE DULDUNG UND UNTERSTÜTZUNG DER TÜRKISCHEN FASCHISTEN DURCH WESTDEUTSCHE BEHÖRDEN !

Während die westdeutsche Polizei und Justiz auf Hochtouren läuft, wenn es darum geht, antifaschistische Organisationen aus der Türkei mundtot zu machen, dulden und fördern sie die faschistischen türkischen Organisationen. Das letzte Beispiel dafür ist die feige und brutale Ermordung eines ATIF-Mitgliedes, KATIP SALTAN, durch türkische Faschisten am 19.8.80 in Aachen. Während die faschistischen Mörder frei herumlaufen, hat die westdeutsche Polizei den Mord an K. SALTAN zum Anlaß genommen, um unter der fadenscheinigen Begründung "Suche nach den Mördern" weitere ATIF-Mitglieder zu verfolgen !

- SOFORTIGE FREILASSUNG DER VERHAFTETEN ANTIFASCHISTEN AUS DER TÜRKEI IN AUGSBURG UND RÜSSELSHEIM ! FREISPRUCH FÜR DIE ANTIFASCHISTISCHEN ANGEKLAGTEN IN AUGSBURG !

Nach einer von türkischen Faschisten provozierten Schlägerei am 17.7.80 wurden in Augsburg über 100 Antifaschisten aus der Türkei, in der Mehrzahl Mitglieder der ATIF, festgenommen. Von den Festgenommenen wurden 76 auf Aussagen der Faschisten hin verhaftet. 20 von diesen Verhafteten befinden sich immer noch in Haft. Nun läuft der Prozeß gegen sie. Vorgeworfen wird ihnen Landfriedensbruch. Zeugen der Anklage sind türkische Faschisten von Organisationen wie den "Grauen Wölfen". Der Angeklagte Demen wurde auf Grund von Zeugenaussagen von einem türkischen Faschisten zu 10 Monaten, der Angeklagte Kadir Vural wurde bereits zu 18 Monaten Haftstrafe verurteilt.
Auf die Aussage eines einzigen türkischen Faschisten hin wurde das ATIF-Mitglied Y. Duran in Rüsselsheim verhaftet. Nun sitzt er seit fast 9 Monaten in Haft !

- AUFHEBUNG DES VERBOTS DER POLITISCHEN BETÄTIGUNG FÜR DEN VORSITZENDEN DER ATIF OSMAN ULUDAG ! FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG FÜR O. ULUDAG !

Dem Vorsitzenden der ATIF, Osman Uludag, wurde die politische Arbeit mit einer Verfügung des Darmstädter Polizeipräsidenten vom 10.4.80 verboten. Im Falle der Übertretung des Verbots wird mit Geldstrafen und Ausweisung, d.h. konkret Auslieferung an die faschistischen Henker gedroht.

Am Montag den 13.10. treten die sich noch immer in Haft befindenden Antifaschisten in Augsburg, der Kollege O. Uludag, alle Angeklagten und ihre Angehörigen in Augsburg und Antifaschisten in AUGSBURG, STUTTGART, DARMSTADT und AACHEN in den Hungerstreik.

UNTERSTÜTZT UNSERE FORDERUNGEN ! UNTERSTÜTZT DEN HUNGERSTREIK ! UNTERSTÜTZT DEN KAMPF DES VOLKES DER TÜRKEI FÜR VOLKSDEMOKRATIE UND UNABHÄNGIGKEIT !

ATIF Vorstand

ATIF - Förderation der Arbeiter aus der Türkei in der BRD und in Westberlin
5 Köln, Postfach 91 03 98

bis zum 12. August 1980 der Führer der türkischen Seestreitkräfte, hatte am 12.8.80 seinen Kommandoposten Or-Admiral Nejet Tümer übergeben und wurde am 30. August 1980 - hoch dekoriert - pensioniert. Dieser frisch gebackene Zivilist wurde am zwanzigsten Tag seiner Pensionierung von den putschenden Generalen mit dem Ministerpräsidentenposten betraut. Es liegt auf der Hand, daß seine Pensionierung ein Teil des Putsch-Plans war, daß er bei der Planung mit von der Partie war.

Mehmet Özgünes, Oberst a.D., war einer der führenden Köpfe des Putsches vom 27. Mai 1960 und zugleich Minister in den Kabinetts nach dem 12. März 1971. Er wurde zum Staatsminister ernannt.

Es scheint, daß es der Militärjunta nicht ausreicht, daß die Regierung ihr gegenüber rechenschaftspflichtig ist und sie die Regierung jederzeit absetzen kann. So wurden wesentliche Ministerposten der neuen Regierung wie das Innenministerium, das für Gesundheit, das für nationale Erziehung, das für Gesundheit, für Jugend und Sport sowie das Zoll- und Staatsmonopolministerium mit Militärs a.D. besetzt.
Neben diesen Militärs gibt es im Kabinett berühmte 'staatstragende' Bürokraten, die in sogenannten 'schwierigen Zeiten' in den Staatsdienst gerufen wurden. So haben zum Beispiel der neue Staatsminister Ilhan Öztrak, Arbeitsminister Turan Esener, Energieminister Serbülent Bingöl, Tourismusminister Ilhan Evliyaoğlu, Kulturminister Cihat Baban, Stellvertretender Ministerpräsident Zeyyat Baykara auch nach dem Putsch vom 12. März 1971 Ministerposten bekleidet.


Für Wasser müssen die Werktätigen immer noch stunden- manchmal tagelang anstehen - das ist die Wirtschaftspolitik der Militärjunta !

Neben diesen Militärs und rückgratlosen Bürokraten gibt es im Kabinett Wirtschaftsmanager, die auch im 'freiheitlichen Westen' bekannt sind. So ist z.B. Turgut Özal, der unter Demirels Regierung Staatssekretär für Wirtschaftsbeziehungen war und bei der Anleierung der "Türkei-Hilfe" eine große Rolle gespielt hatte, im neuen Kabinett Stellvertretender Ministerpräsident. Der Industrieminister Şahap Kocatopçu war Generaldirektor der größten Glasfabrik in der Türkei. Der Finanzminister Kaya Erdem ist der ehemalige Chef der türkischen Staatsbank gewesen (eine Zeit lang hat er auch als Sekretär der MIT - Nationale Nachrichtenorganisation, der türkischen Gestapo - gearbeitet.) Dies zeigt ganz klar, daß die Junta-Regierung auf wirtschaftspolitischem Gebiet die Politik Demirels weiterführen wird.
Im Kabinett nimmt als "Minister für soziale Sicherheit" Sadık Şide teil. Şide ist der Vorsitzende der TÜRK-IŞ, der heute einzigen legalen Gewerkschaftsförderation der Türkei. Die Bonzen dieser Gewerkschaftsförderation verstehen sich als Hüter des Betriebsfriedens und des Herrschaftssystems in der Türkei. Seine Teilnahme am Kabinett signalisiert, daß die Herrschenden in der Türkei die TÜRK-IŞ nun zur Staatsgewerkschaft aufbauen wollen.

Die Zusammensetzung des Kabinetts zeigt, daß diese Regierung die Interessen der herrschenden Klassen in der Türkei vertritt.

DAS PROGRAMM DER NEUEN REGIERUNG UND SEINE VERWIRKLICHUNG

Die neue Regierung hat die "Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung" als ihr wichtigstes Programmziel erklärt. In ihrem Programm hat sie Maßnahmen aufgezählt, die sie treffen wird, um gegen den sogenannten 'Terrorismus' vorzugehen. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist nach der Regierungserklärung "die Beseitigung unkontrollierter Freiheiten" (Tagesspiegel vom 28.9.80). Um dies zu gewährleisten, will die Regierung eine Reihe von Gesetzen ändern und neue Gesetze schaffen. Diese Änderungen sollen mit der Verfassung von 1961 beginnen. Diese Verfassung war im Kampf der Volksmassen gegen die Menderes-Regierung entstanden und stellte ein erkämpftes Zugeständnis der herrschenden Klassen an das Volk dar, um es im Zaum zu halten. Sie wird nun zum 'Luxus' deklariert, der zu viele Freiräume geschaffen habe und durch den "der Zusammenbruch der türkischen Gesellschaft ausgelöst worden" sei.

Neben der Änderung der Verfassung sieht das Regierungsprogramm folgendes vor:
- "Notstandsgesetze und Gesetze über Nationale Sicherheitsgerichte zu erlassen, um die demokratische Autorität des Staates verstärken zu können".
Was hier als die "demokratische Autorität" deklariert wird, ist die Autorität, die auf Bajonetten und Panzern beruht. Notstandsgesetze sind Geset-

FORTSETZUNG S.3

ze, die das Kriegsrecht zu einer ständigen Einrichtung machen. Staatssicherheitsgerichte sind Gerichte, die der Kontrolle des Militärs unterstehen und im Schnellverfahren Staatssicherheitsdelikte behandeln sollen.

- "Es werden Änderungen in den Strafgesetzen und Strafprozeßordnungen durchgeführt, um den aktuellen Anforderungen zu genügen. Vor allem wird Kollektivschuld und Kollektivverantwortung in das Strafgesetz eingearbeitet."

Das heißt nichts anderes, als daß die herrschenden Klassen in der Türkei per Gesetz jeden verfolgen können, der bei irgendeiner ihnen nicht genehmen Aktion (wie Streik, Demonstration etc.) teilnimmt. Um ihn zu belangen, braucht die faschistische Justiz nicht zu beweisen, daß jemand eine strafbare Handlung durchgeführt hat, sondern es reicht, daß man 'dabei' war.

- "Es werden Veränderungen durchgeführt, damit das Recht schnell gesprochen werden und zur Geltung kommen kann."

Wie das aussehen soll, hat man nach dem Putsch gesehen. In Adana wurden zwei Revolutionäre, die angeblich einen Hauptmann erschossen haben sollen, verhaftet. Eine Woche nach ihrer Verhaftung standen sie vor Gericht. An einem einzigen Prozeßtermin hat das Militärgericht die Beweisaufnahme abgeschlossen und das Urteil verkündet: "Todesstrafe durch Strang für einen Angeklagten, 13 Jahre Haft für den anderen Angeklagten." Am 8.10.1980 wurden in der Türkei die ersten Hinrichtungen durchgeführt.

- "In den Vereins- und Gewerkschaftsgesetzen werden die notwendigen Veränderungen durchgeführt."

Wie das konkret aussieht, zeigt die Praxis der faschistischen Junta. Nach dem 12. September wurden alle Vereine außer dem Roten Halbmond (Rotes Kreuz) und dem Kinderschutzbund aufgelöst. Dieser Zustand soll nun gesetzlich fixiert werden. Alle Gewerkschaftsförderationen außer der TÜRK-IŞ wurden aufgelöst. Auch Einzelgewerkschaften in der TÜRK-IŞ wurden verboten, wenn sie den Herrschenden verdächtig waren. Durch Gesetz soll die TÜRK-IŞ jetzt zur Staatsgewerkschaft entwickelt werden.

- "Die Freiräume im Versammlungs- und Demonstrationsrecht werden abgebaut."

Das heißt durch die 'Verbesserung' der heute existierenden Gesetze soll die eh stark beschränkte Demonstrations- und Versammlungsfreiheit völlig aus der Welt geschafft werden.

- "Die Provinzverwaltungsgesetze werden geändert und den Anforderungen der Gegenwart angepaßt werden. Es werden Maßnahmen getroffen, die den Staatsbediensteten wie Gouverneuren mehr Einfluß ermöglichen."

Das heißt es werden die Befugnisse der gewählten Vertreter wie Bürgermeister, Gemeinderäte und Stadtparlamente drastisch beschnitten. Demgegenüber werden die Befugnisse der zentral eingesetzten Staatsbediensteten erhöht. Wie das in der Praxis zu machen ist, haben die Putschisten schon vordemonstriert: mit einem Erlaß haben sie am 26.9.1980 alle Stadtparlamente, alle Gemeinderäte aufgelöst und alle Bürgermeister und Gemeindevorsteher abgesetzt.

- "Die Sicherheitsorgane werden mit modernsten Waffen und Geräten aufgerüstet und gemäß den aktuellen Anforderungen neu organisiert."

Was die Bewaffnung betrifft, da hilft die "Türkei-Hilfe" der westlichen Imperialisten kräftig mit. Was die Neuorganisierung betrifft, so heißt das nichts weiteres als daß die Herrschenden den Polizeiapparat von den 'verdächtigen', d.h. nicht offen faschistischen, Elementen säubern wollen. Was das Programm der Regierung hinsichtlich der "Stärkung der demokratischen Autorität des Staates" betrifft, so ist dieses Programm ein Programm der Unterdrückung jeglicher Opposition in der Türkei. Es ist das Programm des nackten faschistischen Terrors.

DIE MYSTERIÖSEN "SELBSTMORDE" VON BURSA

ÜBERSETZUNG einer kurzen Meldung aus "Hürriyet" vom 20.9. - Beispiel für den faschistischen Terror der Militärjunta

Es wurde bekannt, daß sich der Rechtsanwalt A.H. Fevzioglu (Anwalt der Metallgewerkschaft DISK) in Bursa aus dem 5. Stock des Polizeireviers stürzte und starb. Mit ihm hat sich die Zahl, der sich aus dem Polizeirevier stürzenden Menschen auf 3 erhöht. Vor einem Monat wurde der als "Tomi" bekannte Ergun Sen unter der Beschuldigung, daß er Mitglied einer illegalen Organisation sei, zu einem Verhör in das Polizeirevier gebracht, wo er sich aus dem 5.Stock stürzte und schwer verletzte.
In der letzten Woche kam es zu einem weiteren Selbstmord. Rafet Demir, der beschuldigt wird an der Ermordung von 3 Personen mitbeteiligt gewesen zu sein, wurde ebenfalls zum Verhör in den 5.Stock des Polizeireviers von Bursa gebracht und stürzte sich aus dem Fenster.

Der Polizeipräsident gab in einer Erklärung bekannt, daß R.Demir nach einer Operation die Namen seiner Freunde mitgeteilt hat, darüber von Gewissensgebissen geplagt war und sich daher aus dem Fenster stürzte. Er wurde sofort nach dem Unfall ins Krankenhaus gebracht, wo er aber starb. Ebenso wurde bekannt gegeben, daß sich der Rechtsanwalt Fevzioglu nach einer Nervendepression aus dem Fenster warf."

Im wirtschaftspolitischen Teil des Programms erklärt die Regierung den "Kampf gegen die Inflation" zum Hauptziel. Schuld an der Inflation sollen nach Meinung der Regierung die fehlenden Inlands- und Auslandsinvestitionen - angeblich gegründet auf der politischen Instabilität - und die hohen Lohnforderungen der die Arbeiter mißbrauchenden Gewerkschaften gewesen sein. Daher: Kampf gegen die Inflation ist nach der Regierung vor allem Kampf gegen 'Terrorismus'. Man soll den Investoren zeigen, daß die Türkei stabil ist. Wie diese Stabilität geschaffen wird, wurde am 12. September und den darauffolgenden Tagen der ganzen Welt vorgeführt. Das zweite Problem sind die angeblich zu hohen Lohnkosten. Dazu wird im Programm folgendes vermerkt:

Necdet Adali hingerichtet



Am 8.10. wurde das Todesurteil gegen Necdet ADALI von der Militärjunta bestätigt und er wurde hingerichtet.

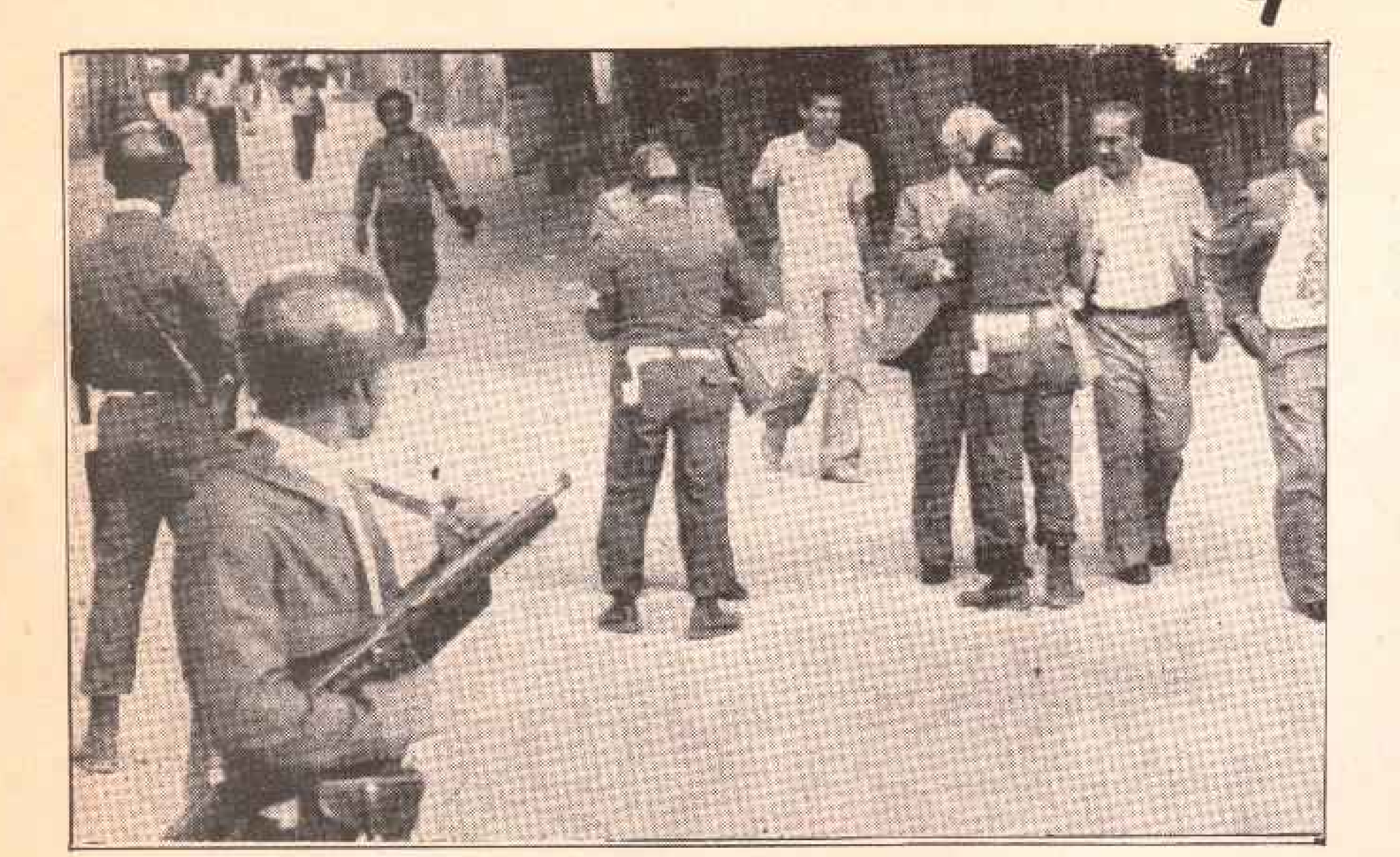
Es ist das erste offiziell ausgesprochene und vollzogene Todesurteil an einem Revolutionär durch die Militärjunta. Reißerisch wurde in den offiziellen Presseorganen in der Türkei über diese Hinrichtung berichtet. Aber eines konnten selbst sie nicht verschweigen: Necdet Adali starb (laut Bericht von Hürriyet vom 10.10.) mit den Parolen "Nieder mit dem Faschismus", "Es lebe die antiimperialistische, antioligarchische Volksrevolution" und "Nieder mit dem Kolonialismus" auf den Lippen. Über das Leben und den Kampf Necdet Adali's haben wir in der letzten Nummer der "Türkei im Kampf" berichtet.

- "Die Rechte der fleißigen und patriotischen türkischen Arbeiter werden im Rahmen der ökonomischen Möglichkeiten verteidigt. Die Gewerkschaften werden gemäß demokratischen Prinzipien weiterarbeiten. Aber denen, die die sauberen (naiven) türkischen Arbeiter betrügen und sie in Richtung ihrer Ideologie führen wollen, denen, die die gewerkschaftlichen Rechte mißbrauchen, werden keine Möglichkeiten gegeben."

- "Damit das ökonomische System des freiheitlich-demokratischen Regimes richtig läuft, werden Maßnahmen getroffen. Es wird die Sicherheit geschaffen, die die Produktion und Investition brauchen."

- "Die Ruhe am Arbeitsplatz wird geschaffen."

Wie die Rechte der Arbeiter im Rahmen der "Möglichkeiten" verteidigt werden, wurde auch schon demonstriert: Als am 12. September die faschistischen Generale putschten, befanden sich 60 000 Arbeiter im Streik. Für weitere 120 000 lief die Friedenspflicht in der darauffolgenden Woche aus. Der nach dem Putsch verbotene Gewerkschaftsverband DISK forderte 200% Lohnerhöhung. Bei den Verhandlungen hatten die Bosse der bestreikten Fabriken Bereitschaft gezeigt, 150% zu zahlen. Verhandlungen liefen weiter. Nach dem Putsch wurden die Streiks mit Panzern und Bajonetten zerschlagen. Die streikenden Arbeiter wurden unter Androhung nackter Gewalt mit 70% Lohnerhöhung befrie-



DIE DER CHP (REPUBLIKANISCHE VOLKSPARTEI) ECEVITS NAHESTEHENDE ZEITUNG 'HÜRRIYET' ZUM PUTSCH AM 12.9.:

VORSICHT !

Hört diese Stimme, hört diese Worte: Wir haben die Demokratie nicht aufgehoben, wir haben diese Aktion gestartet, um die Demokratie, die nicht existiert hat, aufzubauen.

Diese Stimme ist unsere Stimme, ist unser Vertrauen, das ist der Aufschrei der aufrechten Demokraten.

Es gibt kein Lebensrecht mehr für die, die die Menschen und die Wände beschmiert haben und die Demokratie als Schild verwendet haben dafür.

Ist das nicht wunderbar?.....

Hürriyet, 18.9.80

det. Dies ist weit unter der offiziellen Inflationrate! In der Praxis ist dies ein reeller Lohnsturz.

Gewerkschaftsverbot - Lohnstop - faktisches Streikverbot. Das ist ein Teil der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung. Der andere Teil besteht daraus, daß Investitionen - vor allem ausländische - angeregt werden sollen. Diese Politk des 'auf Pumpleben s' ist keine neue Politik. Sie dient de.. Investoren, vor allem den USA und der BRD, und ihren Helfershelfern in der Türkei. Der werktätigen Bevölkerung der Türkei bringt diese Politik immer mehr Inflation, immer mehr Teuerung, Arbeitslosigkeit, Armut und Elend

Was den außenpolitischen Bereich der 'neuen' Regierung betrifft, gibt es nichts Neues zu berichten. Die Verbundenheit der Türkei mit dem 'freiheitlichen Westen' wird noch einmal beschworen. Damit aber die russischen Sozialimperialisten sich nicht ärgern, wird auch versichert, daß man mit den Nachbarn gut nachbarliche Beziehungen intensivieren will. Daß auch die "Beziehungen zu islamischen Staaten gefördert werden" ist eine Erklärung vor allem an die Adresse der erdölfördernden und erdölexportierenden Länder. Das Programm der Regierung im außenpolitischen Bereich zeigt, daß diese Regierung vor allem die Regierung der Lakaien des Imperialismus, allen voran des US- und des BRD-Imperialismus, in der Türkei ist.

(alle Zitate, wenn nicht anders gekennzeichnet aus Hürriyet vom 28.9.80)

R.Bauer

AKTIONEN GEGEN DEN MILITÄRPUTSCH

In den letzten Wochen, nach dem Putsch in der Türkei kam es in vielen Städten Westdeutschlands und in Westberlin zu Protestdemonstrationen.

So demonstrierten am 20.9. in Frankfurt 4000 Menschen unter der Hauptparole:"Nieder mit der Junta in der Türkei!" Zu dieser Demonstration hatte die ATIF alle Antidaschisten und Antiimperialisten aufgerufen. In Hamburg führte ATIF gemeinsam mit anderen anitfaschistischen Organisationen wie "Devrimci Yol" aus der Türkei eine Protestkundgebung an der sich 600 Menschen beteiligten, durch. Es gab auch in Köln, Bonn, Dortmund Demonstrationen verschiedener antifaschistischer Organisationen gegen den Militärputsch.

In Westberlin beteiligten sich an einer Demonstration 300 Menschen.

In Frankreich kam es in Strasbourg und in Paris zu Protestkundgebungen und Demonstrationen, die von der Bruderorganisation der ATIF, der FTIKD (Kulturverein der Arbeiter aus der Türkei in Frankreich) initiiert wurden.



Faschistischer Terror gegen Kurden

Nach dem faschistischen Bombenanschlag auf die Besucher des Münchner Oktoberfestes waren die westdeutschen Politiker sogleich bemüht, faschistischen Terror mit revolutionärer Gewalt auf eine Stufe zu stellen und sich ihr antifaschistisches Mäntelchen umzuhängen: Jeder von ihnen ist demnach der aktivere Gegner des "Terrors, ob von rechts oder links". Dafür, daß die Faschisten in der BRD und in Westberlin so viel freien Spielraum haben, machen sie sich demagogisch gegenseitig verantwortlich.

Daß sie solche Ereignisse jedoch nur nutzen, um zur Treibjacht gegen alle Revolutionäre aufzurufen, während sie gleichzeitig die Aktivität der Faschisten dulden und unterstützen, zeigt ein jüngstes Beispiel aus Westberlin:

Auf frischer Tat bei der Durchführung eines Bombenanschlags wurden zwei Angehörige der irakischen Botschaft in der DDR von den westberliner Behörden gefaßt. Sie hatten einen Bombenanschlag auf eine Versammlung von mehr als 100 Kurden vor. Es waren Kurden aus der Türkei, dem Iran und dem Irak. In all diesen Ländern wird die kurdische Nation unterdrückt. Daß die Unterdrückung jedoch auch über die Grenzen dieser Länder hinausreicht, zeigt unter anderem dieses Beispiel und die Art und Weise, wie der westdeutsche und westberliner Staatsapparat in Übereinstimmung mit den drei westlichen Alliierten mit diesen faschistischen Tätern verfuhr.

Nach kurzem Geplänkel ließ man die Iraker wieder auf freien Fuß, indem man sie in die DDR abschob. Begründet wurde dies damit, daß bei einer Bestrafung dieser Täter die außenpolitischen Interessen des westdeutschen Staates gefährdet seien. Faktisch ist dies die Förderung und Unterstützung faschistischen Terrors.

H. Hellmer

VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS:

E. STRALUCKE, 61 DARMSTADT NECKARSTR. 8-10

EIGENDRUCK IM SELBSTVERLAG

UNTERSTÜTZT DIE ARBEIT VON 'TÜRKEI IM KAMPF'

Neben der Berichterstattung über die Verhältnisse und den Kampf in der Türkei ist es eine weitere Aufgabe der 'Türkei im Kampf' auch über die Lage der Arbeiter, der Familien, der Jugendlichen, der Frauen etc aus der Türkei in der BRD und Westberlin zu informieren. Wir wollen über die Lage in den Betrieben, über die politischen Verfolgungen und Unterdrückungen durch den westdeutschen Staatsapparat, über die Unterstützung des Kampfes der Arbeiter aus der Türkei durch westdeutsche und westberliner Organisationen etc. berichten.

Gerade aber für diese Berichterstattung brauchen wir d r i n g e n d Material. Vor allem bei Ereignissen und Vorfällen, die entweder nur in der lokalen bürgerlichen Presse, oder überhaupt nicht in der bürgerlichen Presse erwähnt werden, sind wir v ö l l i g o h n e I n f o r m a t i o n e n, da wir an das Material nicht herankommen. Was wir in solchen Fällen ganz besonders dringend benötigen sind eigene Berichte unserer Leser, Zeitungsausschnitte und Kommentare aus der bürgerlichen Presse sowie von Gewerkschaften etc. darüber. (technischer Hinweis: Bitte bei Zeitungsausschnitten immer Namen der Zeitung und Datum draufschreiben). Wir betrachten es als eine weitere wichtige Aufgabe, über die ausgedehnten A k t i v i t ä t e n der türkischen Faschisten zu berichten. Kommt ihr damit - sei es in der Schule, im Betrieb, auf der Straße oder sonst wo - in Berührung, schreibt uns, schickt uns Material, Fotos, Berichte etc. Gut ist es natürlich auch von den verschiedensten Unterstützungsaktionen und Protestaktionen deutscher und ausländischer Antifaschisten und Antiimperialisten zur Türkei auf Grundlage von Augenzeugenberichten informieren zu können.

Eine weitere wichtige Unterstützung unserer Arbeit ist die kritische Auseinandersetzung unserer Leser mit der "Türkei im Kampf". Schreibt uns bitte Eure Kritiken, Anregungen und Verbesserungen.

Wie ihr seht, können wir also I n f o r m a t i o n e n j e g l i c h e r A r t dringend brauchen. Sie werden uns helfen, a k t u e l l e r, k o n k r e t e r und g e n a u e r b e r i c h t e n zu können. Wir hoffen auf Eure Unterstützung.

Die Redaktion

HINTERGRÜNDE

Was ist das wahre Gesicht des Kemalismus ?

(TEIL II)

Die Kemalisten haben nach der Machtübernahme einige Reformen im Überbau durchgeführt, die als kemalistische Revolution tituliert worden sind. Was sind nun diese sogenannten Revolutionen ?

- 1924 wurde das Kalifat aufgelöst. Staat und Religion wurden auf dem Papier getrennt. Dies wurde von den Imperialisten als großartige Revolution gefeiert. Da aber der Feudalismus nicht angetastet, geschweige denn liquidiert worden ist, blieb der 'laizistische Staat' auf dem Papier.

-Gleich danach wurde die 'Hut-und Kleiderrevolution' gemacht! Der 'Vater der Türken' befand, daß die türkischen Männer nun anstatt des östlichen Fez den westlich 'zivilisierten' Hut tragen sollten. Die Frauen sollten ihren Schleier ablegen. Diese Reformen wurden per Dekret angekündigt. Unter Fortschritt verstanden die Kemalisten eben nur die Übernahme bestimmter Formen aus dem westlichen 'zivilisierten' Ausland.

- Dann kam die 'Sprachrevolution'! Der 'Vater der Türken' befand, man sollte nun das lateinische Alphabet einführen. Das war übrigens die einzig sinnvolle Reform, die auch dem Volk etwas genützt hat, weil das Lesen der arabischen Buchstaben viel schwieriger war als das lateinische Alphabet.

- Dann kam die Ausrufung der Gleichheit zwischen Mann und Frau. Der 'Vater der Türken' befand, auch Frauen sollten wählen. Diese erklärte Gleicheit blieb auf dem Papier.

- Die Kemalisten haben auch das Parlament übernommen. Allerdings war das Parlament eine seelenlose Hülle. Schnurow erklärt dazu:

"Wie weit auch einige Scheindemokratische Formen vorhanden sind (ein gewähltes Parlament usw.), so ist das Wesen des heute (1929, d. Verf.) in der Türkei bestehenden Systems eine von allen Demokratien weit entfernte Diktatur." (Schnurow, Broschüre über die Lage in der Türkei. 1929 - türkische Ausgabe S.18)

Nach 1945 wurde die Scheindemokratie weiterentwickelt, indem die Herrschenden mehrere Parteien - natürlich nur ihre eigenen 'mehreren' Parteien - zuließen.

Die putschenden Generale stehen eben in dieser schein-demokratischen, formal-demokratischen Tradition der Kemalisten. Ob die Militärs direkt regieren oder ob die Bajonette hinter der Maske der parlamentarischen Demokratie den Ton angeben ändert den faschistischen Charakter der Diktatur nicht.

- Der Kemalismus, das ist Rassismus; das ist großtürkischer Chauvinismus reinsten Wassers. Der Kemalismus zeichnet sich durch Rassismus in Theorie und Praxis aus. Für ihn sind die Türken etwas besonderes, ein Herrenvolk sozusagen. Für ihn gilt: "Ein Türke ist so viel wert wie die Welt". Es ist Mustafa Kemal, der gesagt hat: "Wie glücklich kann einer sein, der sagen kann: 'Ich bin ein Türke'". Dieser Rassismus zeigte sich in der Praxis in Völkermorden gegen nicht-türkische Nationalitäten. Die Diktatur des 'Ittihak ve Teerkakki' (Einheit und Fortschrittspartei), an der Regierung zwischen 1908 und 1918, aus deren Reihen Mustafa Kemal stammt und in deren Reihen er der osmanischen Armee diente, veranstaltete zwischen 1915 und 1918 einen der größten Völkermorde der Menschheitsgeschichte gegen die Armenier im osmanischen Reich. Diesem Völkermord fielen insgesamt 1,8 Millionen (Tote, Verletzte, Deportierte) zum Opfer! Die Kemalisten setzten im Laufe des nationalen Befreiungskampfes dieses begonnene Werk der Vernichtung der Armenier fort und lösten auf ihre Weise "dieses Problem".



Kemal und Inönü

Nach der 'Lösung' des armenischen Problems wandte sich die kemalistische Regierung den Kurden zu. 1925 fand die erste große Vernichtungskampagne statt. Allein nach dem Dersim-Aufstand (1937) wurden über 60 000 Kurden ermordet. Die Kemalisten sind gegen das Selbstbestimmungsrecht der nicht-türkischen Nationen. Wer nicht stolz darauf ist, 'Türke' zu sein, der hat auch kein Recht, in der Türkei zu leben. Das ist das Verständnis der Kemalisten. Noch heute ist in der Türkei offiziell verboten, kurdisch zu sprechen. Noch heute leben in der Türkei nur "Türken". Noch heute sind Völkermorde "eine Mär der Feinde des Türkentums".

Der Chauvinismus und Rassismus der türkischen Militärs ist auch heute noch in Erinnerung von der Zypern-Invasion - der sogenannten Friedensaktion - in deren Verlauf 200 000 (1/3 der Bevölkerung) griechische Zyprioten ihr Hab und Gut verlassen und wegziehen mußten.

Die putschenden Generale, die die "Einheit der Nation und Unteilbarkeit des Landes" beschwören und den "Separatismus" als einen der wichtigsten Gründe für den Putsch aufführen, sind 'wahre' Kemalisten. Sie stehen tatsächlich in der unrühmlichen Tradition des Kemalismus.

J. Baumann

FORTSETZUNG VON S.7

Mit dieser Verfassung mußten die herrschenden Klassen einige Rechte des Volkes, die nach langjährigen Kämpfen errungen worden waren, auf dem Papier anerkennen, um das Volk zu betrügen. Die Regierung wurde an die Zivilisten unter der Leitung des berühmten Lakaien Inönü übergeben. Danach begann ein Machtkampf in der MGK (Nationaler Sicherheitsrat, später MBK, Nationales Einheitskomitee, AdÜ). Das war ein Kampf zwischen verschiedenen Flügeln der herrschenden Klassen. Die Putschisten versuchten ihre Rivalen auszuschalten und zu liquidieren. Mit diesem Zweck haben sie weitere Putsche organisiert. Zwei Putschversuche, am 23. Februar 1962 und am 21. Mai 1963 wurden unterdrückt. (TEIL II NÄCHSTE NUMMER)

Geht die Junta gegen Faschisten vor ?

Viele Menschen im westlichen Ausland, aber auch viele in der Türkei, haben den Militärputsch als 'nicht so schlimm' empfunden. Es war ja immerhin so, daß in den letzten Tagen vor dem Putsch durchschnittlich 20 Menschen "Opfer des Terrors" wurden. Es gab keine Lebensgarantie mehr. Wenn jemand morgens seine Wohnung verließ, wußte er nicht, ob er am Abend auch heil nach Hause komme.

Mit der Machtübernahme der Militärs hat sich die Zahl der Todesopfer vorerst drastisch verringert. So konnten die offiziellen Presseorgane nach dem Putsch stolz berichten, daß in 17 Tagen nur '23 Leute' gestorben sind. Davon seien eh 17 Terroristen gewesen, die brauche man nicht zu zählen. Also sechs normale Bürger. So sieht die Rechnung aus. Diese an sich schreckliche Bilianz irritiert viele Leute und läßt sie sagen: "Militärputsch hin - Militärputsch her - Letztlich können wir jetzt ohne Angst auf die Straße gehen!" Dabei vergessen sie Vieles, und zwar:

- Sie sehen nicht, daß das scheinbar ziellose Ermorden von Menschen, das scheinbar ziellose Bombenlegen, das auch sehr viele unter den sogenannten Unbeteiligten betroffen hat, das Werk der zivilen faschistischen Banden war. Daß dieser faschistische Terror das Ziel hatte, das Volk einzuschüchtern.
Demgegenüber war der sogenannte 'linke', der revolutionäre 'Terror' nie ziellos. Dieser revolutionäre 'Terror' war vor allem Selbstschutz gegen faschistische Überfälle. Er traf den faschistischen Staat, seine Diener und faschistischen Mörder der MHP. Jedes Gerede über die Gleichsetzung von 'rechtem' und "linkem' Terror ist Demagogie der Herrschenden und dient ihnen.

- Sie sehen weiterhin nicht, daß sie nur unter einer Bedingung ohne Angst auf die Straße gehen können. Unter der Bedingung nämlich, daß sie den Militärputsch unterstützen. Falls sie irgend etwas gegen die Putschisten sagen, dann drohen ihnen Folter, Kerkerstrafen oder der Tod.

- Sie sehen nicht, daß der Militärputsch die logische Weiterführung der gleichen Politik ein und derselben herrschenden Klassen ist.

Viele Menschen denken, daß die Putschisten zwar den Linken schweren Schaden zufügen werden, daß dies aber vor allem bewaffnete Linke treffen wird. Das stimmt einigermaßen. D.H. die herrschenden greifen vor allem die bewaffnet kämpfenden linken und revolutionären Organisationen an, denn die richtige Gefahr droht ihnen von diesen Organisationen. Sie wissen genau, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt. Das bedeutet aber nicht, daß die Junta nur die bewaffnete Linke angreifen wird. Sie wird alles und jeden angreifen, der gegen die Junta wie auch immer etwas sagt oder tut. Die einmonatige Praxis zeigt das genau. Unter den 10 000 in dem einen Monat verhafteten Antifaschisten befinden sich nicht nur Mitglieder und Sympathisanten bewaffneter Organisationen, sondern auch sehr viele, die mit dem bewaffneten Kampf gar nichts zu tun haben möchten. Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder man stellt sich der Junta entgegen, dann wird man verfolgt; oder man verkauft sich an die Junta, dann kann man eine Zeit lang in der Ruhe und Ordnung der herrschenden Klassen leben.

Viele Leute wiederum denken, daß die Junta doch die zivilen faschistischen Banden der MHP angreift, daß sie tatsächlich zwischen dem 'rechten' und 'linken' Terror keinen Unterschied macht, daß sie überhaupt gegen Terror sei, wie sie es auch angibt. Es ist so, daß in der letzten Zeit auch einige Mitglieder der Grauen Wölfe verfolgt worden sind. Neben einem Revolutionär, einem Linken, N. Adali, wurde am 8.10. auch ein Terrorist der Grauen Wölfe hingerichtet. Zeigt das nicht, daß die Junta vielleicht doch nicht faschistisch ist?

Dazu ist zu sagen:

1. Der Faschismus in der Türkei, das sind nicht nur die MHP und die "Grauen Wölfe".
Der Faschismus in der Türkei ist die Herrschaftsform der Kompradoren und Grundherren. Diese Klassen haben mit der (auch bürgerlichen) Demokratie nichts, aber auch gar nichts gemein, ausser, daß sie zum Schein einige inhaltslose Formen der bürgerlichen Demokratie übernommen haben. D.h. so lange in der Türkei diese Klassen herrschen, solange wird auch der Faschismus ihre Herrschaftsform sein. Die Werktätigen der Türkei können mit ihrem tagtäglichen Kampf den Faschis-

"Schon an der Grenze soll die Abwehr beginnen"

Um einerseits den Zustrom von ausländischen Arbeitskräften in die BRD und Westberlin, die in ihren Ländern unter anderem auch Dank der Aktivität des westdeutschen Imperialismus keine Arbeit finden, in dem von ihm gewünschten Ausmaß zu halten, und um andererseits die Arbeit antifaschistischer und antiimperialistischer Kräfte zu verhindern, bedient sich der westdeutsche Staatsapparat verschiedener Methoden: Schikanierung durch die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, reaktionäre Ausländergesetze und nicht zuletzt auch der Duldung und Unterstützung faschistischer Terrorisierung der ausländischen Arbeiter.

Rechtzeitig zum Militärputsch in der Türkei hat der westdeutsche Staatsapparat dann im August 1980 zusätzlich per Regierungserlaß die Visum-Pflicht für alle aus der Türkei in die BRD und Westberlin Einreisende beschlossen. Solche Erlasse kann die BRD-Regierung nach Belieben über Nacht einführen, sie benötigt dazu nicht einmal die Zustimmung ihrer Parlamente.

Im Falle der Türkei hat sie dabei folgende Ziele:
- Durch die Einführung des Visum-Zwangs hat sie einerseits den Zustrom derjenigen 'reguliert', die ihre Heimat wegen der katastrophalen Lebensverhältnisse (Arbeitslosigkeit, Armut und faschistischer Terror für die Volksmassen) verlassen, um bei einem der größten Ausbeuter ihrer Heimat Arbeit zu finden.
- Weiterhin kommt es dem westdeutschen Staatsapparat darauf an, mit dem Visum-Zwang auch diejenigen aus der BRD und Westberlin fernzuhalten, die sich in der Türkei für die Verwirklichung von menschenwürdigeren Verhältnissen einsetzen und von denen der westdeutsche Imperialismus auch hier "Schwierigkeiten" zu erwarten hätte.



Gründlich, wie der westdeutsche Staatsapparat ist, wurde dieser am 5.10.80 in Kraft tretende Erlaß nicht erst ab diesem Zeitpunkt in die Tat umgesetzt. Bereits im September wurden alle Maschinen aus der Türkei, die auf Flughäfen in Westdeutschland und Westberlin landeten, einer Sonderkontrolle unterzogen. Alle Staatsbürger aus der Türkei wurden wie Vieh ausgemustert und stundenlangen Verhören unterzogen. Erschien den westdeutschen Behörden der Einreisegrund wie Familienbesuch oder Touristenaufenthalt nicht "glaubhaft", wurden diese Menschen wieder zurück in die Türkei transportiert. So waren es am 29.9.80 bereits 60 Personen aus der Türkei, denen die Einreise willkürlich untersagt wurde und die zurück in die Türkei mußten.
Auch hat sich die BRD-Regierung wieder einmal als Vorreiter bei der Verschärfung der Unterdrückung der Ausländer bewiesen. Zwei bis drei Wochen später folgten Frankreic und die Beneluxstaaten den Maßnahmen der BRD und verhängten ebenfalls den Visum wang für Staatsbürger der Türkei.

Ganz in di sem Sinne heißt es im Beschluß der Bonner Innenministerkonferenz:
"Schon an der Grenze soll die Abwehr beginnen." (Tagesspiegel 5.9.80)

U. Linke

mus zurückdrängen. Aber abschaffen können sie den Faschismus nur durch den Sturz der Herrschaft der Kompradoren und Grundherren, durch die demokratische Volksrevolution. Jede Herangehensweise, die den Faschismus in der Türkei mit der MHP, mit den Grauen Wölfen oder aber der MC (Parteienkoalition von AP-MHP-MSP) gleichsetzt ist falsch und erfasst den faschistischen Charakter des türkischen Staates nicht.

2. Die MHP hat unter den allesamt faschistischen Parteien der herrschenden Klassen der Türkei eine Sonderstellung. Das kommt daher, daß sie offen rassistisch auftritt und in sehr vielem offen nach Hitlerschem Muster vorgeht. So hat diese Partei gemäß dem Motto "wem die Straße gehört, gehört die Macht" früh damit begonnen faschistische zivile Formationen (gemäß ihrem Vorbild der SA) zu schaffen. Diese sogenannten Kommandos der "Grauen Wölfe" haben dann die "illegale" Bekämpfung der "Kommunisten", der "Ungläubigen" und der "Türkenfeinde" aufgenommen. Für die herrschenden KLassen hat diese Partei wie die anderen Parteien eine ihr zugewiesene Rolle, die sie spielt. Diese Rolle besteht darin Terror auszuüben, das Volk einzuschüchtern. Dabei sind von den herrschenden Klassen auch schon "Opfer" der MHP einkalkuliert. Diese Opfer sind meistens diejenigen, die die Leitung der MHP bereits selbst nicht mehr kontrollieren kann. Es gibt in der MHP Leute, die die Leitung zu lahm finden und schon jetzt allein zur Macht greifen wollen. Diese werden dann meistens von der MHP fallengelassen und geopfert.

3. Die Verfolgung einiger MHP-Anhänger ist einerseits ein Zeichen des Widerspruchs zwischen den verschiedenen politischen Vertretern der herrschenden Klassen. Es gibt unter den politischen Vertretern der herrschenden Klassen sehr viele, die die Methoden der MHP ungeeignet finden. Andererseits dient diese Verfolgung der Demagogie der heutigen Junta, daß sie überhaupt gegen den Terror sei. Bei der Verfolgung der MHP-Anhänger ist die Demagogie der Hauptgrund. Falls die Junta das nicht, zumindest für eine gewisse Zeitlang tun würde, würde sie ihre Glaubwürdigkeit vollständig verlieren. Von der Warte der Gesamtinteressen der herrschenden Klassen aus, ist die"Opferung" einiger Kommandos für die Weiterführung ihrer Herrschaft ein sehr kleiner Preis.

Die heutige Junta ist faschistisch. Sie ist heute der Sachwalter der Interessen der herrschenden Klassen und des Imperialismus in der Türkei.

H.Degirmenci

Militärputsche in der Türkei (1960,1971 und 1980)

(ÜBERSETZUNG EINES ARTIKELS AUS "MÜCADELE"; TEIL I)

Der faschistische Militärputsch vom 12.September 1980 ist der dritte Putsch in der Türkei während der letzten zwanzig Jahre. Obwohl die Putsche formale Unterschiede haben, ist ihr Wesen doch identisch. Sie haben das Ziel, den faschistischen Staat aufrechtzuerhalten. Es genügt einen Blick auf diese Putsche zu werfen, ihre Gründe und Folgen zu vergleichen, und man wird dieses gemeinsame Ziel erkennen.

DER PUTSCH DES 27.MAI 1960

Der Putsch von 1960, der von einem Teil der herrschenden Klassen "27. Mai Revolution" genannt wird und jedes Jahr unter dem Namen "Verfassungstag" gefeiert wird, war gegen die DP(Demokratische Partei) gerichtet (die DP wurde nach dem Putsch verboten, A.d.Ü.) Die DP mit Menderes an der Spitze hatte nach dem Übergang zu dem "Mehrparteiensystem" im Jahre 1950 nach einem großen Wahlsieg die Regierung übernommen.

Die Regierungsübernahme durch diese Partei mit den Stimmen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung war Ausdruck des Hasses des Volkes gegen die CHP (Republikanische Volkspartei), die zwischen 1923 und 1950 alleine regiert hatte. Die DP vertrat die Kompradoren und Großgrundbesitzer, die die treuen Geschäftsführer des US-Imperialismus waren. Ihr war es gelungen, den breiten Haß des Volkes gegen die CHP für sich zu nutzen und in Stimmen zu verwandeln. So war es zur Regierungsbildung durch die DP gekommen.

In dieser Periode zwischen 1950 und 1960 regierte die DP alleine, und die Kredite, die in den ersten Jahren in die Türkei flossen, schafften einen künstlichen Wohlstand. Das volksfeindliche Gesicht der DP wurde in diesen ersten Jahren von den Massen nicht erkannt. Erst nach 1954 wurde ihnen allmählich klar, daß die von der DP verfolgte auf hohen Auslandsschulden beruhende Politik in der Türkei nur einer Handvoll Bonzen nützt und das Volk noch mehr verarmt.

Gegen die DP begann ein Widerstand. Diesen Widerstand gegen die DP versuchte die CHP für sich zu nutzen, um die Volksopposition unter ihre Kontrolle zu bringen und um wieder an die Regierung zu kommen. 1959/60 dehnte sich diese Opposition noch weiter aus. Besonders die Intellektuellen und Studenten haben große Widerstandsbewegungen organisiert. Das Kriegsrecht wurde verhängt. Die DP-Regierung ging gegen die Demonstranten mit Schlagstöcken, Panzern und Gewehren vor. Um die Volksopposition für sich auszunutzen, begann die CHP, sich gegen die von der DP vom Parlament geforderten Sonderbefugnisse zu stellen. Der Widerstand war nicht mehr nur Widerstand gegen die DP-Regierung, sonder er richtete sich allgemein gegen die Ordnung der herrschenden Klassen. Im Allgemeinen bedrohten die Widerstandsbewegungen die Ordnung der Herrschenden. Gerade in diesem Zustand putschte das Militär in der Nacht des 27.Mai, um die Macht zu übernehmen. Die Putschisten haben gleich anschließend in einer Erklärung ihre Ziele folgendermaßen dargestellt:

"Liebe Bürger!
Heute haben die türkischen Streitkräfte aufgrund der Krise, in die unsere Demokratie geraten ist, und aufgrund der unerwünschten Ereignisse die Regierung des Landes übernommen, um einen Bruderkrieg zu verhindern. Unsere Streitkräfte haben diese Aktion unternommen, damit die Parteien aus einer ausweglosen Situation, in die sie geraten sind, befreit werden und gerechte und freie Wahlen unter Beobachtung und der Schiedsstelle einer überparteilichen und neutralen Regierung stattfinden können. Derjenigen Partei, die die Wahlen gewinnt, welche Seite das auch sein mag, wird die Regierung übergeben.
Diese Aktion ist gegen keine Person und keine Schicht gerichtet. Unsere Regierung wird sowohl gegen niemanden extreme Handlungen unternehmen, wer es auch sei, noch wird sie Toleranz zeigen, daß solches gestattet wird. Jeder Bürger, wer es auch sein mag und zu welcher Partei er gehören mag, wird nach Gesetzen und Rechtsprinzipien behandelt werden. Es gilt sich stets daran zu erinnern, daß alle Bürger - überparteilich gesehen - Söhne gleicher Nation und Abstammung sind, und es ist notwendig, keinen Haß gegeneinander zu fühlen und sich gegenseitig mit Achtung und Verständnis zu behandeln, damit unsere Leiden aufhören und unsere nationale Existenz gesichert ist.

Wir bitten alle Persönlichkeiten des Kabinetts, sich auf uns zu verlassen. Ihre persönliche Sicherheit ist unter der Garantie der Gesetze."

Wie man sehen kann, ist der "Zweck" die Verhinderung eines "Bruderkrieges" (Bürgerkrieges), d.h. mit anderen Worten , es soll die Entwicklung des Klassenkampfes verhindert werden, es soll verhindert werden, daß er gefährliche Ausmaße annimmt. In der Junta spielte der heutige Führer der rassistisch-faschistischen MHP, Türkeş, eine große Rolle. Die "Stimme" der Junta, die den Putsch bekannt gab, war Oberst Türkeş. Die gleiche Stimme gab auch der ganzen Welt bekannt, daß die Junta der NATO und CENTO treu ist. Nach dem Putsch nannte sich die Junta "Nationaler Sicherheitsrat".

"DER SPIEGEL":

Wahlbetrug, hemmungslose Auslandsverschuldung, Repression gegen Intellektuelle und linke Politiker, denen die Militärs damals wohlgesonnen waren, führten 1960 zur Revolution der Offiziere, an der auch Türkeş, damals noch nicht offen rechtsextrem, beteiligt war. Erst als er zuviel Gefallen an der Macht gefunden hatte und sich nicht wieder in die Kaserne zurückziehen wollte, schickten demokratische Kameraden ihn auf einen diplomatischen Posten ins Ausland.

Die Politiker der damals regierenden rechtskonservativen Demokratischen Partei wurden vor Gericht gestellt und zu harten Strafen verurteilt, drei Führer, unter ihnen Premier Adnan Menderes, gehenkt.

Die Militärs bescherten dem Land eine liberalere Verfassung. Die Wahlen von 1965 gewann Demirel, und die Militärs übergaben ihm die Macht.

Und so sieht der Spiegel in seiner Nr. 38/80 die Rolle der türkischen Armee und des Militärputsches 1960: Die Militärs mit Türkeş zusammen als "Syphatisierende der Linken"!

Die Junta sah, daß es unmöglich ist, die demokratischen Forderungen der Volksmassen sofort zu unterdrücken. Daher ließ die Junta eine neue Verfassung vorbereiten. Durch ein Referendum erhielt die Verfassung ein Jahr nach dem Putsch die Zustimmung des Volkes.

FORTSETZUNG S. 5

FREISPRUCH

für alle angeklagten Antifaschisten in Augsburg !



Chauvinistische Hetze gegen die Arbeiter aus der Türkei !

11.000 Augsburger Türken:

Todes-Angst!

Nach blutigen Krawallen in der City: 76 Schläger und Messerstecher in Haft! Justiz plant raschen Massen-Prozeß

AZ-Blitzinterview

„Graue Wölfe"?

AZ: Gibt es Erkenntnisse, nach denen sich unter den Mitgliedern des „Islamischen Kulturvereins" sogenannte „Graue Wölfe" befinden?

Häusler: Bisher nicht. Es gibt lediglich Gerüchte, nach denen diese geplante Gebetsveranstaltung von „Grauen Wölfen" umfunktioniert werden sollte. Allgemein wird davon gesprochen, daß rechtsextreme Türken in diesen islamischen Vereinen zu suchen sind. Konkrete Beweise haben wir dafür in Augsburg nicht.

AZ: Welche Erkenntnisse gibt es über den „Türkischen Arbeiterverein".

Häusler: Bisher ist diese Gruppe politisch nicht aktiv gewesen. Von den Störern, die aus Nürnberg und Ulm angereist waren, wissen wir, daß sie politisch extrem links einzuordnen sind.

Der Polizeipräsident in Augsburg erklärt, daß es die "Grauen Wölfe" nicht gibt, daß der Arbeiterverein "an sich" verdächtig ist, denn er sei "extrem" links und damit ist natürlich das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Antifaschisten gerechtfertigt.

Im Juni 1980 verteilten in allen grösseren Städten in Bayern "Islamische Vereine" Flugblätter. Aufgerufen wurde in ihnen zu einer'religiösen Konferenz' in Augsburg. Ziel dieser Konferenz sollte es sein, die Organisation der "islamischen Vereine" in Bayern zu stärken. In den Flugblättern wird der "heilige Krieg" gegen die "Ungläubigen, gegen die Kommunisten und Frauenschänder" angekündigt. Allein das reicht aus um zu sehen um welche Sorte "islamischer Verein" es sich hier handelte. Es handelte sich um eine der vielen Tarnorganisationen der türkischen Faschisten der MHP — der "Grauen Wölfe". Antifaschisten, Revolutionäre und Demokraten wollten diesen Aufmarsch der Faschisten verhindern, sie wollten verhindern, daß die Faschisten ihre Hetzveranstaltung durchführen. Das Ergebnis war, daß der westdeutsche Staat, seine Polizei und die türkischen Faschisten gemeinsam gegen die Antifaschisten vorgingen. 130 Antifaschisten wurden vorübergehend festgenommen, 78 verhaftet. Es ist dringend nötig, daß sich die deutschen Antifaschisten mit den nun Angeklagten Antifaschisten aus der Türkei solidarisieren und sie unterstützen. Insbesondere ist die finanzielle Unterstützung dringend nötig. Die Arbeitervereine aus der Türkei haben bereits über 230.000 DM gesammelt. Aber diese Summe ist bereits ausgegeben. Die Angeklagten müssen nicht nur jeder einen eigenen Anwalt bezahlen, sondern teilweise auch horrende Summen an Kaution hinterlegen.

Darüberhinaus haben sehr viele Antifaschisten ihren Arbeitsplatz verloren, und ihre Familien müssen unterstützt werden !

Ein 15 Jähriger Jugendlicher aus der Türkei wird weiterhin inhaftiert gehalten, da angeblich eine "Vertrauensgurndlage" fehle. Wenn einige der Antifaschisten nach und nach wider freigelassen wurden, mußten sie sich verpflichten nachfolgende diskriminierende Auflagen zu akzeptieren und zu erfüllen.

der 1. Jugendkammer des Landgerichts Augsburg vom 23.Juni 1980 in der Strafsache

gegen Kaplan Veli, geb. 6. 5. 1965

wegen Landfriedensbruchs

Die Beschwerde des Beschuldigten gegen den Haftbefehl des Amtsgerichts - Jugendgerichts - Augsburg vom 18.6.1980 wird aus den zutreffenden Gründen des angefochtenen Haftbefehls

verworfen.

§§ 115, 304 StPO.

Für haftverschonende Maßnahmen fehlt es an der erforderlichen Vertrauensgrundlage. Nach dem Stand der Ermittlungen besteht dringender Tatverdacht; der Beschuldigte wurde von Zeugen wiedererkannt.

Es besteht neben der Fluchtgefahr - insoweit wird auf die Gründe des Haftbefehls verwiesen - auch die Gefahr der Verdunkelung, einer Absprache mit anderen Tatbeteiligten.

Wiederusit	Draus	...thermel
Vorsitzender Richter am LG	Richter am LG	Richter

Beglaubigt:
Augsburg, 24.6.1980
Die Urk.Beamt.d.Gesch.Stelle des LG Augsburg:

Auflagen:

1.) Der Beschuldigte hat jeden Wechsel seines Wohnsitzes unverzüglich dem Amtsgericht Augsburg mitzuteilen,

2.) er hat besorgt zu sein, daß ihn Schriftstücke und Ladungen des Amtsgerichts erreichen,

3.) erhat sich einmal wöchentlich, jeweils am Samstag 20.00 Uhr persönlich unter Vorlage eines Lichtbildausweises bei der für seinen Wohnsitz zuständigen Polizeidienststelle zu melden,

4.) es ist eine Sicherheit in Höhe von DM 2000,-- zu leisten. Die Entlassung des Beschuldigten wird von der Bezahlung der Sicherheitsleistung abhängig zu machen.

5.) Der Haftbefehl wird wieder in Vollzug gesetzt, sobald der Beschuldigte gegen Auflagen und Weisungen verstößt.

(Anmerkung: Die Sicherheit in Höhe von DM 2000,-- ist von seinen Verteidiger. RA Becker bei der Gerichtskasse in Nürnberg hinterlegt worden.)

PRESSEERKLÄRUNG DER RECHTSANWÄLTE DER ANGEKLAGTEN ANTIFASCHISTEN !

Am 17. Juni 1980 wurden in Augsburg insgesamt 130 türkische Arbeiter vorläufig festgenommen. Gegen 78 von Ihnen erging tags darauf Haftbefehl. Heute, am 12. 08.1980, werden noch immer 38 in Haft gehalten. Ihre Anträge auf Aufhebung bzw. Außervollzugsetzung der Haftbefehle sind durch die beteiligten Haftrichter abgelehnt worden.

Gegen alle besteht - wie aus einem vervielfältigten Einheitshaftbefehl zu entnehmen - "dringender Tatverdacht" des Landfriedensbruchs, in einigen Fällen der Körperverletzung. Staatsanwaltschaft wie Gerichte stützen sich dabei vornehmlich auf die Aussagen einiger weniger Zeugen, die - allemal politische Gegner der Inhaftierten - an einer Veranstaltung des islamischen Kulturvereins teilnahmen, einer Veranstaltung, unter deren Schutz, zur Kenntnis der Verfassungsschutzbehörden, in der Bundesrepublik die faschistischen "Grauen Wölfe" agieren.

In diesem Zusammenhang muß hervorgehoben werden, daß in der Mehrzahl der Fälle die Beschuldigung auf zwei Zeugenaussagen beruht. Diese Zeugen wollen aus einer Vielzahl von erkennungsdienstlichen Photografien sage und schreibe 19 (!) bzw. 15 (!) Personen als Beteiligte an gegen sie gerichteten Schlägereien identifiziert haben, eine Wahrnehmung, die selbst bei Vertrautheit des Gegenübers schier übermenschliche Fähigkeiten voraussetzt. Keiner dieser Zeugen ist denn auch in der Lage, auch nur einem der solcherart "Identifizierten" eine konkrete Tathandlung zuzuordnen.

Gleichwohl haben haben die in der Haftprüfung entscheidenden Richter es nicht für geboten erachtet, eine sog. Wahlgegenüberstellung (Gegenüberstellung mit dem Beschuldigten in einer Reihe anderer Personen gleichen Geschlechts, ähnlichen Alters und ähnlicher Erscheinung) durchzuführen, die sich angesichts des Beweiswertes solcher "Identifizierung" aufgedrängt hätte und durch einige Verteidiger beantragt wurde. Es sollte nicht verwundern, wenn durch diese Art Verhaftungspraxis der Denunziation politisch mißliebiger Ausländer objektiv eine Gasse gebahnt wird. Es ist jedenfalls bemerkenswert, wenn Zeugen uneingeschränkt Glauben geschenkt wird, die mit der auch den Ermittlungsbehörden als problematisch bekannten Photoidentifizierung - noch dazu in der genannten Anzahl - undifferenzierte Beschuldigungen erheben, diesen aber Nachdruck dadurch zu verleihen suchen, daß sie einige der Beschuldigten zu Kommunisten erklären oder gar deren Verwandte als Veranstalter politischer Versammlungen in Wohnungen in den Geruch politisch konspirativer Verschwörer zu drängen bemüht sind.

Es erscheint in diesem Zusammenhang auch bemerkenswert, daß Haftrichter - wie in einer Vielzahl von Fällen geschehen - eine Begründung für den weiterhin angenommenen "dringenden Tatverdacht" dadurch abgegeben zu haben glauben, daß sie das Bestehen "dringenden Tatverdacht" konstatieren - ohne sich mit dem Vorbringen des Beschuldigten auch nur andeutungsweise auseinanderzusetzen.

Bemerkenswert, um nicht zu sagen zynisch, erscheint es auch, daß in allen uns bekannten Fällen in formelhaften Wendungen der Haftfortdauerbeschlüsse der Haftgrund Fluchtgefahr angenommen wird, obgleich die Beschuldigten sich zum Teil bis zu 10 Jahren (!) unbescholten in der Bundesrepublik aufhalten und hier arbeiten, obgleich sie der Ernährer ihrer hier ansässigen Familien sind - viele haben ihre Arbeitsstelle aufgrund der Haftbefehle eingebüßt -, obgleich sie zum Teil wegen politischer Verfolgung in der Türkei Asyl beantragt haben, obgleich sie bei einer "Flucht" in die Türkei sowohl von denen, die hier gegen sie Beschuldigungen erheben als auch von staatlichen Stellen mit einiger Gewißheit politischer Verfolgung, Folter, wenn nicht noch Schlimmerem ausgesetzt wären.

Bemerkenswert schließlich ist, daß der Haftgrund der Verdunklungsgefahr in ebenso formelhaften Wendungen angenommen wird, ohne, daß auch nur ein einziger konkreter Vorwurf, geschweige denn eine Tatsachenfeststellung der versuchten Zeugenbeeinflußung oder der anderweiten unlauteren Einwirkung auf Beweismittel angeführt werden konnte.

All dies läßt den Verdacht aufkommen, daß die ohnehin nicht eben behutsame Handhabung des Haftrechts, als dem schwerwiegensten Eingriffsrecht des Staates in die persönliche Freiheit, im konkreten Fall aus allgemein politischen Gründen wie aus ausländerpolitischen Gründen eine Verschärfung erfährt, die mit den erhobenen Vorwürfen in keinem sachlich begründbaren Zusammenhang steht.

Wächtler & Kollegen, Montag & Kollegen, Liebe & Kollegen, Otto & Kollegen, Rückel & Kollegen, München Initiative bayrischer Strafverteidiger,

Stichwort:

Stichwort: "Rechtshilfe für die Verhafteten"

SPENDET FÜR DIE ANGEKLAGTEN ANTIFASCHISTEN IN AUGSBURG !

Kontonr. 2902011/01
Bankleitzahl 500 800 00
DRESDNER BANK
FRANKFURT